

Juristische Methodik

Band II

Europarecht

Von

Friedrich Müller

Ralph Christensen

Dritte, neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

1	Problemstellung: Ein Recht in vielen Sprachen	21
2	Zum gegenwärtigen Stand der Methodik des Unionsrechts	26
21	Wortlaut: Verstecken oder Verwerten von Mehrsprachigkeit	27
211	Strategien, um der Mehrsprachigkeit zu entkommen	28
211.1	Die Auswahl der richtigen Bedeutung	29
211.2	Die Regel des gemeinsamen Nenners	36
211.3	Die Unterschätzung des Wortlautarguments durch die Literatur	37
212	Verwerten von Mehrsprachigkeit in der Rechtsprechung des EuGH	40
212.1	Die Bedeutung als Ziel der Argumentation	41
212.2	Die gemeinschaftsbezogene Bedeutung	46
212.3	Ist der nationalsprachliche Wortlaut für den EuGH irrelevant?	48
22	Systematik: Vom Buch zum offenen Text	52
221	Die Systematik des Gesetzes als Buch	52
221.1	Die objektive Bedeutung des Textes	52
221.2	Der Vorgriff auf Totalität	53
221.3	Die normative Vorstellung des Buches	56
222	Die offene Systematik in der Praxis des EuGH	57
222.1	Von der vertikalen zur horizontalen Systematik	57
222.2	Der Begriff der systematischen Interpretation	60
222.3	Strategien systematischer Interpretation	61
23	Geschichte: Von der Willensmetapher zur Argumentform	66
231	Genetische Konkretisierung und Willensmetaphysik	66
231.1	Subjektive Lehre und „droit diplomatique“	67

231.2	Rechtsnorm als Willensausdruck	68
231.3	Verschwinden und Wiederkehr des Autors	69
232	Historische und genetische Konkretisierung in der Praxis des EuGH	70
232.1	Historische Konkretisierung	71
232.2	Genetische Konkretisierung im Primärrecht	72
232.3	Genetische Konkretisierung im Sekundärrecht	74
24	Zweck: Von der metaphysischen Voraussetzung zur Schlussform	77
241	Zur Einordnung des teleologischen Arguments	78
241.1	Canones und komplexe Schlussformen	78
241.2	Die Teleologie aus der Sicht der Literatur	80
241.3	Die Teleologie in der Praxis des EuGH	82
242	Die Begründung des Zwecks	86
242.1	Grammatische Begründung des Zwecks	87
242.2	Systematische Begründung des Zwecks	88
242.3	Entstehungsgeschichtliche Begründung des Zwecks	92
25	Empirische Argumente als Maßstab oder am Maßstab des Gesetzes	95
251	Empirische Argumente als blinder Fleck der Methodik	95
251.1	Der Stellenwert empirischer Argumente aus der Sicht der Literatur	95
251.2	Verweisungsbegriffe in der Rechtsprechung des EuGH	98
251.3	Weitere Ansatzpunkte für Normbereichsanalysen beim EuGH	102
252	Anwendungsbeispiele aus der Rechtsprechung des EuGH	104
252.1	Ein Rechtsproblem verknüpft Sprachverstehen mit Sachverstehen ..	105
252.2	Besonderheiten bei rechtserzeugtem Normbereich	109
252.3	Fehlerrisiken bei der Normbereichsanalyse	114
26	Rechtsvergleichende Auslegung zwischen Erfindung und Fortbildung	118
261	Die Staatshaftung der Gemeinschaft	119
261.1	Haftung der Gemeinschaft für normatives Handeln	119
261.2	Qualifizierte Rechtsverletzung als einschränkendes Merkmal	121
261.3	Haftung der Gemeinschaft für rechtmäßiges Handeln	123
262	Weiterentwicklung des nationalen Staatshaftungsrechts durch den EuGH ...	124
262.1	Die Grundsätze der Staatshaftung	124

262.2	Die Ausdehnung der Staatshaftung im Wege der rechtsvergleichenden Auslegung	128
262.3	Staatshaftung für die Judikative und die Grenzen rechtsvergleichender Auslegung	133
27	Spielarten der unionsrechtlichen Konformauslegung	140
271	Formen der unionsrechtlichen Auslegung	141
271.1	Primärrechtskonforme Auslegung	141
271.2	Völkerrechtskonforme Auslegung	144
271.3	Gemeinsamkeiten der Fälle von Konformauslegung	149
272	Die Konformauslegung in der Praxis des EuGH	149
272.1	Auslegung im Licht der Freizügigkeitsregelungen	151
272.2	Auslegung von Sekundärrecht im Einklang mit rechtsstaatlichen Grundsätzen	155
272.3	Gemeinschaftsgrundrechte	157
28	Das Verhältnis der Konformauslegung zum nationalen Recht	158
281	Begriff und Struktur gemeinschaftsrechtskonformer Auslegung	158
281.1	Begriff der gemeinschaftsrechtskonformen Auslegung	159
281.2	Begriff der richtlinienkonformen Auslegung	159
281.3	Gibt es eine rahmenbeschlusskonforme Auslegung?	165
282	Anwendungsbereich der gemeinschaftsrechtskonformen Auslegung	167
282.1	Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung	167
282.2	Richtlinienkonforme Auslegung	173
282.3	Zeitlicher Anwendungsbereich der richtlinienkonformen Auslegung	177
29	Die Entwicklung einer europäischen Methodik als Rechtserzeugungsreflexion ...	182
291	Interlegalität im europäischen Rechtsschutzsystem	182
292	Das Scheitern einer vertikalen Rechtsanwendungslehre	187
293	Die Notwendigkeit einer horizontalen Rechtserzeugungsreflexion	190
3	Strukturmodell der richterlichen Rechtserzeugung	194
31	Normstruktur: Was heißt Rechtsanwendung?	196
311	Beobachtung erster Ordnung: Das Wesen des Gesetzes	196
311.1	Die Voraussetzung der „objektiven Bedeutung“	197
311.2	Die Konsequenz der Verdoppelung des Rechts	199
311.3	Die Notwendigkeit einer neuen Problemstellung	203

312	Beobachtung zweiter Ordnung: Die Rechtserzeugungspraxis	207
312.1	Normativität als Vorgang	207
312.2	Das juristische Handeln in der Sprache	210
312.3	Die Rechtsnorm als Ergebnis juristischen Handelns	215
32	Legitimationsstruktur: Woran ist praktische Rechtsarbeit zu messen?	220
321	Vom „Auslegungsziel“ zu den methodenbezogenen Normen	221
321.1	Die Auslegungstheorie kann kein Ziel juristischer Textarbeit vorgeben	222
321.2	Charakter des Unionsrechts	224
321.3	Der EuGH orientiert sich an den methodenbezogenen Normen	225
322	Ist Methodik gesetzlicher Regelung zugänglich?	228
322.1	Der Status methodischer Regeln	229
322.2	Führen methodenbezogene Normen in ein Paradox?	230
322.3	Ist Rationalität entscheidbar?	232
33	Textstruktur: Wie navigiert man im Rechtstext?	234
331	Navigieren im Hypertext des Rechts	235
331.1	Der Begriff des Hypertextes	236
331.2	Navigieren in Textsystemen	242
332	Vom Hypertext zur rechtsstaatlichen Textstruktur	245
332.1	Recht als Hypertext	245
332.2	Der Legitimationstransfer vom Gesetz auf die Entscheidung	250
332.3	Die argumentative Rolle der Canones	251
4	Leistung der einzelnen Argumentformen	254
41	Grammatisches Argument	254
411	Art. 55 EUV und das Problem der Mehrsprachigkeit	256
411.1	Mehrsprachigkeit und Wörterbuch	257
411.2	Mehrsprachigkeit und Übersetzungsmaschinen	261
411.3	Mehrsprachigkeit und gemeinsamer propositionaler Gehalt	264
412	Grammatische Konkretisierung macht einen sprachlichen Plausibilitätsraum sichtbar	267
412.1	Risiken der Mehrsprachigkeit im Recht	268
412.2	Die gemeinsame Sprache als Kommunikation der Unterschiede	270
412.3	Struktur der gemeinschaftsbezogenen Bedeutung	277

42	Systematisches Argument	279
421	Die Erweiterung der Systematik erster Ordnung durch die Systematik zweiter Ordnung	279
421.1	Zur Semantik des systematischen Arguments	280
421.2	Die wachsende Bedeutung von Vorentscheidungen	286
421.3	Zur Problematik von Präjudizien	294
421.4	Das Präjudiz im angelsächsischen Rechtskreis	302
421.5	Das Präjudiz im kontinentalen Rechtskreis	305
422	Die Rolle von Vorentscheidungen für die Rechtserzeugung	308
422.1	Das Präjudiz als subsidiäre Rechtsquelle im Rechtserkenntnismodell	308
422.2	Das Präjudiz als Argument in der Rechtserzeugungsreflexion	312
422.3	Die Bindungswirkung von Entscheidungen des EuGH	319
423	Das Unionsrecht als gesetzekontrolliertes Fallrecht	326
423.1	Der EuGH zwischen Regulismus und Regularismus	329
423.2	Das Zusammenspiel von Fallreihe und Gesetz	333
423.21	Verborgene Widersprüche in Fallreihen	333
423.22	Die Notwendigkeit methodischer Bewertung	337
43	Historisches und genetisches Argument	342
431	Gründe für die eingeschränkte Relevanz	343
431.1	Autorenfunktion als Argument	343
431.2	Der dynamische und politische Charakter des Gemeinschaftsrechts	345
431.3	Das Problem von Diversifikation und Mehrsprachigkeit des Gesetzgebers	347
432	Genetische Konkretisierung als Kopplung zur Politik	348
432.1	Die Ablösung von der Willensmetapher	348
432.2	Gesetzgebung, semantisch gesehen	349
432.3	Der Stellenwert genetischer Konkretisierung in der Rechtsprechung des EuGH	351
44	Teleologisches Argument	352
441	Die Dynamik des teleologischen Arguments	353
441.1	Folgenbetrachtung als empirischer Teil	353
441.2	„Effet utile“ einer Vorschrift des Gemeinschaftsrechts	357
441.3	Gibt es eine Auslegung in dubio pro communitate?	360

442	Legitimität teleologischer Auslegung	365
442.1	Begrenzung der Kompetenzen des Gerichtshofs durch Kompetenzen anderer Organe der Gemeinschaft	366
442.2	Begrenzung durch Kompetenzen der Mitgliedstaaten	369
442.3	Berechtigung der Kompetenzüberschreitungskritik	375
45	Normbereichsargument	379
451	Die Verschränkung von Recht und Wirklichkeit in der Normstruktur	380
451.1	Die Rückkopplung des Gesetzes an reale Entwicklungen	380
451.2	Die wachsende Bedeutung des Normbereichs	397
451.3	Der Begriff „Normbereich“	402
452	Das Problem einer dynamischen Normbereichsanalyse	410
452.1	Begriff der dynamisch-evolutiven Auslegung	411
452.2	Anwendungsbeispiele und Verknüpfung mit Teleologie	412
452.3	Grenzen der dynamischen Interpretation	415
46	Rechtsvergleichendes Argument	418
461	Normative Vorgaben	419
461.1	Art. 6 Abs. 3 EUV und die Gemeinschaftsgrundrechte	419
461.2	Art. 340 Abs. 2 AEUV und rechtsstaatliche Grundsätze	423
461.3	Das Berücksichtigen nationaler Rechtsprechung	426
462	Struktur der rechtsvergleichenden Auslegung	427
462.1	Die praktische Vorgehensweise des Gerichts	427
462.2	Die wertende Perspektive der Rechtsvergleichung	429
462.3	Legitimität und Grenzen rechtsvergleichender Argumentation	431
47	Konformauslegung im Gemeinschaftsrecht	437
471	Die primärrechtskonforme Interpretation	437
471.1	Das Primärrecht als Verfassung	437
471.2	Normative Grundlagen	441
471.3	Struktur der primärrechtskonformen Interpretation	442
472	Sekundärrechtskonforme Auslegung von Primärrecht	444
472.1	Beispiele für eine umgekehrte Konformauslegung	445
472.2	Legitimität der Methode?	451
472.3	Keine Korrektur, sondern nur Bestätigung	452

48 Konformauslegung im nationalen Recht	453
481 Normative Grundlagen für die gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung ...	453
481.1 Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts	454
481.2 Konfliktmechanismus im nationalen Recht	458
481.3 Konfliktmechanismus im Gemeinschaftsrecht	459
482 Grenzen der gemeinschaftsrechtskonformen Auslegung	463
482.1 Grenzen aus den normativen Grundlagen des Gemeinschaftsrechts	463
482.2 Grenzen aus der Systematik des Gemeinschaftsrechts	463
482.3 Grenzen aus dem nationalen Recht	468
483 Keine richtlinienkonforme Rechtsfortbildung	471
483.1 Auslegung und Rechtsfortbildung	472
483.11 Konzeption des BAG	472
483.12 Konzeption des EuGH	473
483.2 Wortlautgrenze im nationalen Recht	474
483.21 Die Wortlautgrenze steht nicht im Buch	474
483.22 Die Wortlautgrenze steht im Streit	477
483.3 Die Wortlautgrenze im Gemeinschaftsrecht	479
483.31 Praktisch-semantische Grenze	480
483.32 Funktionell-rechtliche Grenze	480
483.4 Bewertung der Entscheidungen Quelle und Schultz-Hoff	482
49 Methodische Probleme bei Unionsgrundrechten	487
491 Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	487
492 Die Rechtsfigur der Abwägung	494
492.1 Konduktives Argument	495
492.2 Abwägung von Prinzipien	497
492.21 Der Prinzipienbegriff	498
492.22 Der vertikale Holismus des Obrigkeitsstaates	504
492.3 Lokale Ausarbeitung der Semantik	506
493 Von der Rahmenaufdeckung zur Rahmenausarbeitung	507
5 Rationalität und Überprüfbarkeit der Rechtsprechung des EuGH	509
51 Normative Vorgaben für die Teilung und Kontrolle richterlicher Gewalt	509
511 Schranken aus allgemeinen Staatszielbestimmungen	510
511.1 Das Rechtsstaatsprinzip als Forderung nach Kontrolle richterlicher Gewalt	510

511.2	Die Gewaltenteilung als Forderung nach geteilter Rechtsetzung	512
511.3	Demokratieprinzip als Forderung nach gesetzlicher Rückbindung juristischer Entscheidungen	513
512	Schranken aus spezifischen Vorgaben des Gemeinschaftsrechts	515
512.1	Das Grundrecht auf einen fairen Prozess	516
512.2	Der Anspruch auf Gehör und Begründung	518
512.3	Gesetzesbindung und Gerechtigkeit	519
52	Geltungsstruktur: Rolle des Gesetzes für die Rechtserzeugung	521
521	Das Gesetz im legalistischen Rechtsstaatsverständnis	521
521.1	Hat der demokratische Gesetzgeber ein Sinngebungsmonopol?	521
521.2	Kann die gemeinsame Sprache die Geltung des Gesetzes garantieren?	522
521.3	Das Scheitern des legalistischen Rechtsstaatsverständnisses	524
522	Das Gesetz im sprachreflexiven Rechtsstaatsverständnis	526
522.1	Die Steuerungskraft des Gesetzes	526
522.2	Das Rechtsstaatsprinzip als kommunikative Ethik	528
522.3	Was heißt demokratische Genese der Rechtsentscheidung?	529
53	Die Wortlautgrenze oder das Recht auf Sprache	530
531	Die Wortlautgrenze aus der Sicht der europarechtlichen Literatur	530
531.1	Die Suche nach einer objektiv vorgegebenen Grenze	531
531.2	Die normative Wendung sprachlicher Konventionen	532
531.3	Das Scheitern des sprachlichen Normativismus	534
532	Die Wortlautgrenze in der Rechtsprechung des EuGH	537
532.1	Die Relativierung des einzelsprachlichen Wortlauts	537
532.2	Die Nationalsprache als Argumentationsinstanz	550
532.3	Die Wortlautgrenze als Praxis einer Grenzziehung	554
54	Rangfolge oder das Recht auf Argumente	557
541	Die Diskussion von Vorrangregeln in der Literatur	557
541.1	Eine Rechtserkenntnislehre kann keine Vorrangregeln begründen ..	558
541.2	Sind Vorrangregeln prinzipiell unmöglich?	559
541.3	Vorrangregeln und einzelfallbezogene Gewichtung	562
542	Ansätze zu einer Rangfolge in der Praxis des EuGH	565
542.1	Vorrangregeln im Rahmen einer Rechtserzeugungreflexion	565
542.2	Die Praxis des EuGH	568
542.3	Lässt sich das Vorgehen des EuGH verallgemeinern?	577

55 Begründung oder das Recht auf legitime Entscheidung	581
551 Die europäische Begründungstradition zwischen Ableitung und Argumentation	582
551.1 Die Überschätzung der Semantik in der romanischen Tradition	583
551.2 Die Pragmatik der Texte in der deutschsprachigen Tradition	585
551.3 Die Pragmatik der Fälle in der angelsächsischen Tradition	586
552 Von der Semantik des Obrigkeitsstaats zur Pragmatik des Rechtsstaats	589
552.1 Von der Rechtsquelle zum Verfahren	596
552.2 Von der Ableitung zur Vernetzung	603
552.3 Defizite in der Begründungsarbeit des EuGH	606
56 Positivität, Legalität und Legitimität des Gemeinschaftsrechts	610
561 Legalität zwischen Richterrecht und gebundener Rechtserzeugung	610
561.1 Die Richterrechtsdoktrin verfehlt das Problem	610
561.2 Die Rolle der Richter bei der Rechtserzeugung	611
561.3 Die Abgrenzung von Dezision und gebundener Rechtserzeugung ..	612
562 Legitimität: Der Weg zwischen Verdrängen und Fixieren des Gerechtigkeitsproblems	613
562.1 Das Ausweichen vor der Gerechtigkeit	614
562.2 Das Fixieren der Gerechtigkeit	615
562.3 Die Gerechtigkeit als Forderung nach weiteren Argumenten in der Rechtsprechung des EuGH	617
6 Das Unionsrecht zwischen Zentralismus und Pluralismus	619
61 Verträgt das Unionsrecht mehrere Zentren?	623
611 Der Dialog aus der Sicht der nationalen Verfassungsgerichte	626
612 Der Dialog aus der Sicht des EuGH	633
613 Autonomie und Dialog im Europarecht	639
62 Verschwindet der Pluralismus in Verfahren und Entscheidung?	641
621 Pluralismus als Vordergrund: Rahmen aufdecken	642
621.1 Die stillschweigende Rahmung	642
621.2 Der Lärm des Verfahrens	643
621.3 Der Rahmen braucht Begründung	644
622 Pluralismus als Wesensgrund: Rahmen erzwingen	645
622.1 Inkommensurabilität	645

622.2	Das Gemeinsame des Konflikts	646
622.3	Das Verfahren beendet die Inkommensurabilität	648
623	Pluralismus als Verfahrensgrund: Rahmen produzieren	649
623.1	Vor der Entscheidung liegt das Verfahren	649
623.2	Der Richter hat eine durch Argumentation begrenzte Einzelermächtigung	652
623.3	Der performative Logik des Verfahrens	654
63	Kann das Unionsrecht pluralistisch funktionieren?	656
7	Literaturverzeichnis	658
8	Personenverzeichnis	727
9	Sachverzeichnis	739